

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 3.

59. Jahrgang.

Freitag, den 5. Januar

1912.

Die für die bevorstehenden Reichstagswahlen ernannten Wahlkommissare sind angewiesen worden, das Wahlergebnis mit größter Beschleunigung zu ermitteln und dann unverzüglich telegraphisch weiterzugeben.

Um hierzu in der Lage zu sein, muß ihnen aus allen Wahlbezirken ihres Wahlkreises — nicht nur aus denjenigen, die zu ihrem politischen Verwaltungsbezirke gehören — das Wahlergebnis tunlichst schnell mitgeteilt werden. Es ist deshalb allen auf die Ermittlung des Wahlergebnisses bezüglichen Eruchen der Wahlkommissare nicht nur seitens der Wahlvorsteher, sondern auch seitens aller zum Wahlkreise gehörigen Verwaltungsbehörden unverzüglich zu entsprechen. Dies hat sowohl hinsichtlich der Hauptwahl, als auch hinsichtlich etwaiger Stichwahlen zu gelten.

Dresden, am 2. Januar 1912.

## Ministerium des Innern.

Eingegangen sind:

a. vom Gesetz- und Verordnungsblatte für das Königreich Sachsen die Nrn. 55—68;

b. vom Reichsgesetzblatte die Nrn. 54—65 aus das Jahr 1911.

Die Gesetzblätter, deren Inhalt aus dem im Flur des Rathauses befindlichen Anschlagtafel ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang zur Einsicht an Ratsstelle aus.

Stadttrat Eibenstock, den 3. Januar 1912.

## Bekanntmachung,

die Erhebung der Hundesteuer betreffend.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 18. August 1868 und der hiesigen Hundesteuer-Bestimmungen vom 27. Oktober 1909 erhalten alle diejenigen, welche in der Gemeinde Carlsfeld und den Gutsbezirken Hunde besitzen oder aus irgend einem Grunde in ihrer Obhut

haben, Aufforderung, dies bis spätestens den 20. Januar 1912 schriftlich oder mündlich anzuzeigen. Die Unterlassung der Anzeige wird bestraft.

Die Aufzeichnung wird außerdem noch von hier aus vorgenommen werden. Die Hundesteuer beträgt 5 Mark für einen Hund, 10 Mark für jeden weiteren Hund, in den zugehörigen Ortsteilen Weiterswiese, Weitersglashütte, Blechhammer, Wilschmühle und Wiesenhaus jedoch nur dann 3 Mark für jeden Hund, wenn derselbe zur Bewachung des Gehöftes, und zwar so gehalten wird, daß er das Gehöft nicht verlassen kann.

Die Hundesteuermarken sind vom 25. bis zum 31. Januar dss. Js. gegen Erlegung der Steuer und Bezahlung von 30 Pfg. Gebühren für jede Marke — Punkt 29 des Verwaltungskostengesetzes vom 30. April 1906 — hier zu entnehmen. Carlsfeld, den 3. Januar 1912.

Der Gemeindevorstand.

## Bekanntmachung.

Herr Kurt Felix Gläss

von hier ist heute von den Vorsitzenden der unterzeichneten Ortskrankenkassen als Kassenbote

in Pflicht genommen worden.

Eibenstock, am 2. Januar 1912.

Der Vorstand d. Ortskrankenkasse f. Textilindustrie i. Eibenstock.

Germann Müller, Vorsitzender.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Handwerk u. sonstige Betriebe in Eibenstock.

Wilhelm Unger, Vorsitzender.

Wählen ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine unbedingt zu erfüllende staatsbürgerliche Pflicht jedes Wahlberechtigten. Wer diese Pflicht versäumt und ohne ausreichenden Grund die Abgabe seiner Stimme unterläßt, versündigt sich an seinem Vaterlande und verwirft den Anspruch auf volle bürgerliche Achtung.

## Politische Jahreschau.

B. Ausland.

Wie für Deutschland brachte das Jahr 1911 auch für eine ganze Anzahl anderer Mächte folgenschwere Ereignisse. Nicht nur die Marokkofrage hielt die Bölker in Atem, sondern auch andere Vorgänge spielten sich ab, die für die gesamte westpolitische Entwicklung von Bedeutung sein dürften, und zwar die Ereignisse in Tripolis, in China und Persien. Die Marokkofrage beschäftigte naturgemäß wie bei uns auch die Gemüter in Frankreich, und das übrige innerpolitische Leben trat demgegenüber fast gänzlich in den Hintergrund, trotzdem man einige schwere Krisen durchzumachen hatte, wie beispielsweise den großen Eisenbahnunfall, wie auch Veränderungen in der Regierung nicht ausgeblieben sind. Die Seele des Kabinetts ist der jetzt als Marineminister fungierende Delcassé geworden, wenn es auch heißt, daß er leinestwegs der Deutschfeind sei, als den man ihn hingestellt hat. Die Marokkofrage ist in ruhige Bahnen geleitet, die Kammer hat bereits ihre Zustimmung zu dem neuen Vertrag gegeben. Als Opfer fällt nur der Minister des Aeußern, de Selves, der im Gegensatz zu dem gemäßigten Gailleur sich als Heißsporn erwies. Im übrigen hat Frankreich sich wegen Marokko noch mit Spanien auseinanderzusetzen, und diese Aufgabe scheint sich keineswegs so ganz leicht zu gestalten, wird sich doch Spanien nicht so leicht abfinden lassen wie Deutschland, zumal es territoriale Ansprüche erhebt.

Stark beeinflusst durch die Marokkofrage wurden auch die Dinge in England, wo man, wie erwähnt, auf dem besten Wege war, die Dinge zu einem Kriege mit Deutschland zu treiben. Der Abrüstungsgebante ist ganz ins Wasser gefallen, die jährlichen Flottenverfügungen werden sogar noch erhöht, und alles macht den Eindruck, als wenn man sich zu einem frühher oder später ausbrechenden Zweikampfe mit Deutschland rüstet. Die innere Situation hat sich freilich gebessert. Zwischen Ober- und Unterhaus ist in der Betotfrage eine Art Kompromiß zustande gekommen, aber man hat doch auch sonst seine Sorgen. Ob wohl Georg V. den weiten und beschwerlichen Weg nach Indien zu einer pompbaste Kaiserkrönung angetreten hätte, wenn nicht besondere Gründe hierzu vorlägen? Man weiß, daß der Zusammenhang zwischen Indien und England nur ein ganz lockerer ist, und daß die Indier trotz dem englischen Regiment nach Selbstständigkeit stre-

ben; für England würde aber der Verlust Indiens gleichbedeutend mit dem Verluste seiner ausschlaggebenden Großmachtstellung sein.

Ein innerlicher Zusammenhang mit der Marokkofrage läßt sich zweifellos konstruieren mit der Aufrolung der Tripolisfrage. Italien hat den Moment für günstig erachtet, seine vielfährigen Absichten auf Tripolis zu verwirklichen. Es hat sich nicht gescheut, einen Streit vom Zaune zu brechen, in der Hoffnung, durch eine Ueberrumpelung schnell den Erfolg auf seine Seite zu bringen. In dieser Hinsicht hat man sich aber in Rom gründlich getäuscht. Es gelang zwar, die unzulänglich geschützte Stadt Tripolis zu nehmen; viel weiter ist man nicht gekommen, denn die Türken setzten dem an sich schon überaus schwierigen Vordringen in das Innere den zähesten Widerstand entgegen. Den Krieg aber auf europäisches Gebiet hinüberzulassen, setzte man nicht durch, zumal auch die Absicht, im Regäischen Meer eine Flottenaktion zu unternehmen und die türkische Küste zu blockieren, an dem entscheidendsten Einpruch der Mächte scheiterte. Bei seinem Vorgehen mag Italien vielleicht auch damit gerechnet haben, daß die Balkanstaaten den Moment benutzen würden, ihr Mütchen an den Türken zu kühlen, aber auch diese Kalkulation ist fehlgeschlagen. Auf dem Balkan ist bis jetzt alles ruhig geblieben, nur zu inneren Zwistigkeiten innerhalb der Türkei hat der Krieg geführt. Auch hinsichtlich der Stellung der Türkei zu anderen Mächten ist der Tripoliskrieg nicht ohne Folgen geblieben. Man hatte am Goldenen Horn auf die Hilfe Deutschlands gegen die italienischen Aspirationen gerechnet und als man sich hierin getäuscht sah, richtete man sein Auge auf England, freilich ohne daß man hier außer liebenswürdigen Worten etwas greifbares erhalten hätte. Auch Rußland wollte sich bei dieser Gelegenheit in Erinnerung bringen durch Aufrollung der Dardanellenfrage. Hierin hatten aber die Mächte, habener an der Kewa kein Glück, denn sämtliche Mächte sprachen sich auf das allerentschiedenste dagegen aus, und man mußte daher in Petersburg den Rückzug antreten.

Wehr Glück hatte dagegen Rußland in Persien. Seit der letzten Umwälzung geht dort alles drunter und drüber, der Regent, der für den kleinen Schah die Regierungsgeschäfte führt, ist ohnmächtig, die Minister und das Parlament desgleichen, niemand weiß, wer eigentlich regiert, jeder tut, was er will. Die Beleidigung eines russischen Konsuls benutzte man in Petersburg als äußeren Anlaß zum Eingreifen, man stellte kurzerhand ein Ultimatum, und obwohl dieses schließlich vom Ministerium akzeptiert wurde, gingen die Russen doch vor, weil man sich die schöne Beute nicht im letzten Moment entweichen lassen wollte. Ganz ohne Blutvergießen ist es freilich nicht abgegangen, ein Teil der Bevölkerung leistete doch Widerstand, indessen sigen die Russen jetzt in Persien und werden wohl nicht so schnell wieder fortgehen. Deutschland wird infolge des

Botssdamer Abkommens keinen Einspruch erheben, und England wird, so scheel es auch zusehen mag, infolge des bekannten Vertrages ja und Amen sagen müssen. Im Innern Rußlands sieht es freilich nicht so günstig aus, der Stand der Dinge ist unverändert, es herrscht nach wie vor trotz des vorhandenen Parlaments die Autokratie, und daß die Revolutionäre immer noch ihre Miniarbeit betreiben, bewies das Attentat auf Stokypin im Theater zu Kiev, wo der Ministerpräsident vor den Augen des Zaren niedergemetzelt wurde.

Revolution hat es in diesem Jahre auch im äußersten Osten gegeben. Der Süden Chinas hat sich erhoben, und die Regierungstruppen konnten herzlich wenig ausrichten. In seiner Not wandte sich der Hof an den verbannten Juanshikai, der zum Ministerpräsidenten berufen wurde und Verhandlungen mit den Rebellen einleitete, die aber erfolglos verliefen, denn am Jahreschlusse wurde China als Republik ausgerufen. Die Fremden sind im großen und ganzen unbeeinträchtigt geblieben, man will lediglich die Schaffung eines modernen Chinas in der Hoffnung, daß das Reich der Mitte einer neuen Blüte entgegengehen würde. Wie sich die Dinge gestalten werden, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen, denn trotz der Proklamierung der Republik dauern die Kämpfe fort. Hoffentlich wird der weitere Verlauf ein derartiger sein, daß ein Eingreifen der Mächte, das leicht weitere Verwicklungen mit sich bringt, vermieden wird.

Was die übrigen Mächte anbelangt, so sind in den meisten Staaten weittragende Ereignisse kaum zu verzeichnen, nur die Donaumonarchie befindet sich wieder einmal in einer schweren inneren Krisis. Freiherr von Bienerth war nicht mehr in der Lage, das Parlament arbeitsfähig zu erhalten, er ist durch den Grafen Stürck abgelöst worden, dessen Walten aber auch kaum von langer Dauer sein dürfte. Die Haupt-sachen spielen sich aber hinter den Kulissen ab, es handelt sich um die Verstärkung der Wehrkraft der Donaumonarchie zu Wasser und zu Lande, wobei es zu scharfen Reibungen zwischen hohen Militärs und dem Grafen Mehrental gekommen ist, der eine friedliche, zurückhaltende Politik führen will, während jene Kreise einer intensiveren Politik, die sich auf die militärische Kraft stützt, das Wort reden. Es dürfte daher in Oesterreich-Ungarn an weiteren inneren Kämpfen, nicht fehlen, und so geht auch die uns befreundete Monarchie schweren Zeiten entgegen.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Eine Verhastung in der Angelegenheit Luz. Der junge französische Sprachlehrer, gegen den der Verdacht vorliegt, er habe an der Frucht